

# Wahlprüfsteine

BVMW

Das junge MV.

FDP Mecklenburg-Vorpommern, Goethestraße 87, 19053 Schwerin

BVMW - Bundesverband mittelständische Wirtschaft,  
Unternehmerverband Deutschlands e.V.  
z. Hd. Herrn Werner Röpert  
Landesbeauftragter für Politik in Mecklenburg-Vorpommern  
Leiter Kreisverband Westmecklenburg  
Gartenweg 44  
19057 Schwerin

Schwerin, den 25. August 2016

## Wahlcheck zur Landtagswahl 2016 in Mecklenburg-Vorpommern hier: Ihre Email vom 18. August 2016

Sehr geehrter Herr Röpert,

vielen Dank für Ihre Email mit dem Wahlcheck des Bundesverbandes mittelständische Wirtschaft e.V. Sehr gerne werden wir im Folgenden auf Ihre Fragen eingehen und unsere liberalen Positionen darstellen.

Wir freuen uns darauf, diese und weitere Fragen in einem persönlichen Gespräch zu diskutieren. Gerne werden wir dann Ihre Anregungen in unserer politischen Arbeit berücksichtigen.

Mit freundlichen Grüßen



Cécile Bonnet-Weidhofer  
Spitzenkandidatin



René Domke  
Landesvorsitzender

Freie  
Demokraten

Mecklenburg-  
Vorpommern **FDP**

## Wahlcheck zur Landtagswahl Mecklenburg-Vorpommern am 04.09.2016

### 1. Entbürokratisieren und Mittelstand entlasten

Die Last von Bürokratie und Überregulierung liegt schwer auf den Schultern des Mittelstands.

Die jährlichen Bürokratiekosten gehen in die Milliarden. Einen enormen Arbeitsaufwand durch Informationspflichten und oftmals lange Wartezeiten auf Entscheidungen behindern die wirtschaftlichen Aktivitäten von Unternehmen. Mit Einführung des Mindestlohns und Aufzeichnungspflichten wurde der Mittelstand noch mehr belastet. Die hohe Steuer- und Abgabenlast verschärft das Problem zusätzlich. Insbesondere die Gewerbesteuer liegt bei armen Gemeinden höher, als bei reichen Gemeinden. Unternehmen haben so keinen Anreiz sich niederzulassen.

#### Fragen an die Parteien

Wie werden Sie sich für einen Abbau der Bürokratie für den Mittelstand einsetzen?  
Wie wollen Sie eine Absenkung der Steuer- und Abgabenlast, insbesondere der Gewerbesteuerherbeiführen?

#### BVMW-Position

Der Mittelstand muss von überflüssiger Bürokratie befreit werden. Vor allem kleine Unternehmen sollten von Melde- und Berichtspflichten ausgenommen werden. Wir halten für die Unternehmer nur einen zentralen Ansprechpartner (One-Stop-Agency) in den Verwaltungen

für dringend angeraten. Die Kommunikation mit Ämtern und Behörden muss unkompliziert auf digitalem Weg möglich sein. Die vorhandenen Förderprogramme müssen mittelstandsfreundlich ausgestaltet werden – verständlich, ohne komplizierte Nachweispflichten und auf die Belange des Mecklenburg-Vorpommerschen Mittelstands zugeschnitten. Das 2011 in Kraft getretene Vergabegesetz des Landes Mecklenburg-Vorpommern hat für kleine und mittelständische Unternehmen zusätzliche Hürden aufgebaut. Statt Bieterverfahren zu vereinfachen, ist es zu einer Wettbewerbsverzerrung gekommen. Betriebe mit wenig Beschäftigten könnten die Vielzahl der geforderten Nachweise kaum noch erbringen. Das muss geändert werden. Zur weiteren Entlastung des Mittelstands muss sich Mecklenburg-Vorpommern aktiv auch im Bund für weniger Bürokratie, eine sinkende Steuer- und Abgabenlast sowie gegen mittelstandsfeindliche Regulierungen im Arbeitsrecht einsetzen. Unternehmen brauchen mehr Handlungs- und Gestaltungsfähigkeit, die sie auch durch abgespeckte staatliche Rahmenbedingungen erhalten.

#### Antwort FDP:

#### **1 Entbürokratisierung und Mittelstand entlasten**

Zu a: Bürokratie und Überregulierungen sind Gift für KMUs und stärken Großkonzerne auf Kosten des Mittelstandes. Die FDP setzt sich deshalb für einen Bürokratie-Check für KMUs ein, für eine belastbare Bürokratie-Folgenabschätzung bei neuen Gesetzesvorhaben, Verordnungen und sonstigen Regelungen einschließlich einer zeitlichen Begrenzung und späteren Evaluierung selbiger. Darüber hinaus kann einzurichtender parlamentarischer Beirat auf Landesebene mit den Kammern und andere Interessenvertretern des Mittelstandes zum Abbau der Bürokratie beitragen. Die FDP wird den Mittelstand von Mecklenburg-Vorpommern in den Mittelpunkt ihres Handelns stellen und unser Land zum unbürokratischen Musterland machen.

BVMW ■ Gartenweg 44 ■ 19057 Schwerin

Landesverband  
Mecklenburg-Vorpommern

Zu b: Steuern und Abgaben finanzieren die Ansprüche der Gesellschaft an das Gemeinwohl und sichern unsere Daseinsvorsorge. Steuern und Abgaben werden den wirtschaftlich Tätigen, also den Unternehmerinnen und Unternehmern und den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, entzogen. In Deutschland zahlt ein alleinstehender Durchschnittsverdiener 50 Prozent seines Einkommens für Steuern und Sozialabgaben, dies ist fast 25 Prozent mehr als im EU-Durchschnitt. Vor dem Hintergrund stetig steigender Steuereinnahmen ist es endlich Zeit die Steuerzahler zu entlasten. Die FDP setzt sich für Absenkung der Steuer- und Abgabenlast durch eine Aufgabenkritik ein, fordert das Auslaufen des Solidaritätszuschlages und das Ende der kalten Progression. Es bedarf einer umfassenden Steuerreform in Deutschland damit die Mitte der Gesellschaft, die niedrigen Gehälter und die klein- und mittelständischen Betriebe entlastet werden. Hierbei muss die Finanzkraft der Kommunen in derart gestärkt werden, dass die kommunale Ebene ihre Pflichtaufgaben auskömmlich und dauerhaft finanzieren kann. Eine Aufgabenkritik und Aufgabenordnung greift zuerst auf der Ebene von Bund und Ländern.

## 2. Digitalisierung für den Mittelstand und den Bürger vorantreiben

Deutschland hat die erste Halbzeit der Digitalisierung verschlafen. Wie aktuelle Umfragen zeigen, ist der Mittelstand gegenüber der digitalen Revolution weitgehend skeptisch eingestellt. Die unklaren Regelungen und bürokratischen Gängelungen wie etwa bei der Störerhaftung oder dem schleppenden Breitbandausbau verhindern die notwendige Infrastruktur, gerade im ländlichen Raum. Die Nutzung von Informationstechnologie (IT) ist für Unternehmen unerlässlich, um neue Märkte zu erschließen und die Wirtschaftlichkeit zu erhöhen. Unzureichende Verfügbarkeit von Breitbandzugängen und mangelnde IT-Sicherheit gefährden die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen in Mecklenburg-Vorpommern. Die Industrie 4.0 und andere Technologien wie E-Government oder Telemedizin erfordern den umfassenden Einsatz modernster IT-Technik. Leistungsfähige Breitbandanschlüsse spielen zudem bei Ansiedlungsentscheidungen eine

Mecklenburg-Vorpommern ■ Gartenweg 44 ■ 19057 Schwerin ■ Fon: +49 (0) 385-4773432 ■ Fax: +49 (0) 385-4773692 ■ E-Mail [werner.roepert@bvmw.de](mailto:werner.roepert@bvmw.de)  
■ [www.bvmw.de](http://www.bvmw.de)

Eingetragen in das Vereinsregister Berlin-Charlottenburg Nr. 19361 Nz ■ Präsident: Mario Ohoven ■ Vizepräsidenten: Willi Grothe, Dr. Hans-Michael Pott

Vorstand: Dr. Helmut Baur, Jens Bormann, Dr. Jochen Leonhardt, Arthur Zimmermann ■ Bundesgeschäftsführung: Prof. Dr. Roland Wöller

Sektion Deutschland der Europäischen Vereinigung der Verbände kleiner und mittlerer Unternehmen EV-KMU/CEA-PME  
Brüssel/Straßburg

wachsende Rolle, denn ein schnelles Breitbandnetz ist ein herausragender Standortfaktor.

### Fragen an die Parteien

Welche konkreten Maßnahmen sind für die nächste Legislaturperiode vorgesehen, um KMU bei der Digitalisierung zu unterstützen?

Wie wollen Sie eine zeitgemäße IT-Infrastruktur in Mecklenburg-Vorpommern fördern?

Wie können Sie kleine und mittlere Unternehmen für mehr IT-Sicherheit unterstützen?

### BVMW-Position

Wir setzen uns im Sinne des Mittelstands und der Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands für klare Regelungen ein. Es ist sicherzustellen, dass die Störerhaftung für WLAN-Anbieter in Deutschland kein Thema mehr ist. Die Möglichkeit, lückenlos digital zu kommunizieren, ist nicht nur für kleine und mittlere Unternehmen ein entscheidender Bestandteil der digitalen Teilhabe und internationalen Wettbewerbsfähigkeit.

Eine vernetzte und sichere IT-Infrastruktur ist elementar für den unternehmerischen Erfolg. Die Förderung von Beratungsdienstleistungen für IT-Sicherheit für kleine und mittlere Unternehmen sowie eine flächendeckende Breitbandversorgung sind notwendige Voraussetzungen für einen wettbewerbsfähigen Standort. Unternehmen sind bereits heute bei der Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien, zur Verbesserung der Produktivität von Produktionsprozessen oder zum Austausch von Daten mit Kunden und Kooperationspartnern auf eine funktionierende Infrastruktur angewiesen. Heimarbeitsplätze bleiben ohne Anbindung an das Internet eine Illusion. Wir erwarten, dass der ländliche Raum beim Breitbandausbau kein Stiefkind mehr bleibt und die Dynamik bei der Veränderung dieser Situation zunimmt, denn rund 65 Prozent der Bruttowertschöpfung im verarbeitenden Gewerbe werden dort erwirtschaftet. Auch in den städtischen Gebieten ist der Nachholbedarf groß und liegt deutlich hinter dem bundesdeutschen Durchschnitt zurück. Wir brauchen in allen Regionen schnelle Veränderungen,

Mecklenburg-Vorpommern ■ Gartenweg 44 ■ 19057 Schwerin ■ Fon: +49 (0) 385-4773432 ■ Fax: +49 (0) 385-4773692 ■ E-Mail [werner.roepert@bvmw.de](mailto:werner.roepert@bvmw.de)  
■ [www.bvmw.de](http://www.bvmw.de)

Eingetragen in das Vereinsregister Berlin-Charlottenburg Nr. 19361 Nz ■ Präsident: Mario Ohoven ■ Vizepräsidenten: Willi Grothe, Dr. Hans-Michael Pott

Vorstand: Dr. Helmut Baur, Jens Bormann, Dr. Jochen Leonhardt, Arthur Zimmermann ■ Bundesgeschäftsführung: Prof. Dr. Roland Wöller

Sektion Deutschland der Europäischen Vereinigung der Verbände kleiner und mittlerer Unternehmen EV-KMU/CEA-PME  
Brüssel/Straßburg

die durch die Landesregierung offensiv begleitet werden müssen.

## Antwort FDP

### **2 Digitalisierung**

Zu a: Die Digitalisierung prägt zunehmend den privaten und beruflichen Alltag. Die Digitalisierung ist zu einem Werkzeug der Landesentwicklung geworden und bedarf einer zeitgemäßen und leistungsstarken Infrastruktur. Die FDP wird Zugangshemmnisse für Marktteilnehmer abbauen, Monopolbildungen beim Netzzugang verhindern und das Thema Digitalisierung technologieutral forcieren. Das Thema muss noch mehr durch die berufsständischen Kammern forciert werden. Darüber hinaus wollen wir eine Landesinitiative auflegen die einen konkreten Fahrplan zum Ausbau und über digitale Mindeststandards enthält.

Zu b: Indem sämtliche landesseitigen Hemmnisse abgebaut werden, Anreize gesetzt werden und der Einbau von Leerrohren bei Wege- und Straßenbaumaßnahmen gezielt eingebaut werden um die Tiefbaukosten zu senken.

Zu c: Durch ein gezieltes Beratungsangebot für KMUs.

### **3. Verkehr und Infrastruktur**

Insbesondere in den Kommunen wird vielerorts der Verfall der Straßeninfrastruktur sichtbar. - Der Zustand einer Reihe von Landesstraßen ist nicht zufriedenstellend. Zu wenig wird in deren Erhalt investiert.

Die Seehäfen in Wismar, Stralsund, Sassnitz und Rostock sind wichtige touristische Knotenpunkte und strategische Handelsplätze, insbesondere für den Außenhandel mit den baltischen Staaten, Skandinavien und Russland. Hafennahe Gewerbeflächen sind ganz besonders gefragt.

### **Fragen an die Parteien**

Können Sie vor dem Hintergrund des demografischen Wandels eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur Mecklenburg-Vorpommernweit gewährleisten?

Wie wollen Sie sicherstellen, dass künftig ausreichend Mittel für den Ausbau und Erhalt dafür zur

Mecklenburg-Vorpommern ■ Gartenweg 44 ■ 19057 Schwerin ■ Fon: +49 (0) 385-4773432 ■ Fax: +49 (0) 385-4773692 ■ E-Mail werner.roepert@bvmw.de  
■ www.bvmw.de

Eingetragen in das Vereinsregister Berlin-Charlottenburg Nr. 19361 Nz ■ Präsident: Mario Ohoven ■ Vizepräsidenten: Willi Grothe, Dr. Hans-Michael Pott

Vorstand: Dr. Helmut Baur, Jens Bormann, Dr. Jochen Leonhardt, Arthur Zimmermann ■ Bundesgeschäftsführung: Prof. Dr. Roland Wöller

Sektion Deutschland der Europäischen Vereinigung der Verbände kleiner und mittlerer Unternehmen EV-KMU/CEA-PME  
Brüssel/Straßburg

Verfügung stehen?

Wie wollen Sie die Wettbewerbsfähigkeit der Häfen verbessern?

### **BVMW-Position**

Der Mittelstand braucht eine moderne, leistungsfähige Infrastruktur. Öffentliche Mittel müssen vorrangig für Investitionen und den Erhalt von Infrastruktur genutzt werden und nicht für kurzfristige vermeintliche soziale Wohltaten. Mecklenburg-Vorpommern muss sich mit Nachdruck beim Bund für die Finanzierung wichtiger Straßenbau- sowie Schienenprojekte einsetzen, um die Standortbedingungen zu verbessern. Es muss an der Anbindung zum Güterverkehr gearbeitet werden. Der Ausbau und die Reparatur vom Schienennetz muss vorangetrieben werden um einen wettbewerbsfähigen Standort anbieten zu können. Des Weiteren muss der Straßenausbau besonders von solchen Straßen die zu Gewerbegebieten hinführen vorangetrieben werden. Um das Land der vielen Seen noch attraktiver für Touristen zu machen sollte auch weiterhin in den Ausbau der Radwege und touristischen Verkehrswege investiert werden. Die Kommunen sind oftmals nicht in der Lage die Kosten alleine zu stemmen. Das Land muss gezielte Förderprogramme einsetzen um den infrastrukturellen Ausbau zu unterstützen. Die Wirtschaft ist auf funktionierende und schnelle Anbindungen an das überregionale Straßen- wie Schienennetz angewiesen. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels sind neue Konzepte zur Sicherung der Infrastruktur im ländlichen Raum zu entwickeln. Dabei müssen die Regelungen zur Vergabe öffentlicher Aufträge mittelstandsfreundlicher gestaltet werden.

### **Antwort FDP**

#### **3 Verkehr und Infrastruktur**

Zu a und b: Die Infrastrukturen unseres Landes sind die Lebensadern unseres Landes. Diese können nur aufrechterhalten werden, wenn unnötige Ausgaben oder sogenannte politische Wohltaten auf den Prüfstand gestellt werden, der Landeshaushalt entschuldet wird und ein langfristiges Landesstraßeninvestitionskonzept den Erhalt, und bei Bedarf den Ausbau, beschreibt.

BVMW ■ Gartenweg 44 ■ 19057 Schwerin

Landesverband  
Mecklenburg-Vorpommern

Zu c: Die Wettbewerbsfähigkeit unserer Häfen hängt von deren Erreichbarkeit ab. Die FDP setzt sich für den weiteren Ausbau der Seehäfen sowie deren Zu- und Abfahrten einschließlich der Hafenhinterland-Anbindungen ein. Der weitere Ausbau der Verkehrsbeziehungen in Nord-Süd-Richtung wird hierbei entscheidend sein.

#### **4. Anerkannte Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt integrieren**

Die hohe Zahl von Flüchtlingen überfordert Politik und Behörden, sorgt zudem für Ängste in der Bevölkerung. Auch Mecklenburg-Vorpommern ist weit davon entfernt, in absehbarer Zeit anerkannte Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Alle Politikfelder sind von dem Problem betroffen. Manche Kommunen sind völlig überlastet.

#### **Fragen an die Parteien**

Ist Mecklenburg-Vorpommern überfordert mit der Flüchtlingsthematik?

Können anerkannte Flüchtlinge möglichst früh in den Arbeitsmarkt integriert werden, vor allem unter dem Gesichtspunkt des demografischen Faktors?

Wie können mittelständische Unternehmen dazu motiviert werden, Praktika, Ausbildungs- und Arbeitsplätze bereitzustellen?

In welchen Branchen können Flüchtlinge dazu beitragen, das Fachkräfteproblem im Mittelstand zu lindern?

Kann der bezahlbare Wohnraum durch steuerliche Anreize attraktiver gemacht werden?

#### **BVMW-Position**

Flüchtlinge können höchstens die Fachkräfte von morgen bzw. übermorgen sein. Das Fachkräftepotenzial wird deutlich überschätzt, kann aber besonders in Mecklenburg-Vorpommern helfen, der gesellschaftlichen Überalterung entgegenzuwirken. Die Einstellung

Mecklenburg-Vorpommern ■ Gartenweg 44 ■ 19057 Schwerin ■ Fon: +49 (0) 385-4773432 ■ Fax: +49 (0) 385-4773692 ■ E-Mail werner.roepert@bvmw.de  
■ www.bvmw.de

Eingetragen in das Vereinsregister Berlin-Charlottenburg Nr. 19361 Nz ■ Präsident: Mario Ohoven ■ Vizepräsidenten: Willi Grothe, Dr. Hans-Michael Pott

Vorstand: Dr. Helmut Baur, Jens Bormann, Dr. Jochen Leonhardt, Arthur Zimmermann ■ Bundesgeschäftsführung: Prof. Dr. Roland Wöller

Sektion Deutschland der Europäischen Vereinigung der Verbände kleiner und mittlerer Unternehmen EV-KMU/CEA-PME  
Brüssel/Straßburg



**BVMW** ■ Gartenweg 44 ■ 19057 Schwerin

Landesverband  
Mecklenburg-Vorpommern

von Flüchtlingen muss deutlich erleichtert, die Asylberechtigung viel schneller geprüft werden. Der Mittelstand sieht in unserer repräsentativen Umfrage die Beschäftigungsentwicklung in Deutschland in einem schlechten Licht. Bis Ende 2017 erwarten die Unternehmer eine deutliche Abkühlung des Arbeitsmarktes. Mehr als 64 Prozent gehen davon aus, dass die Arbeitslosenquote steigen wird. Haupthindernis, das belegt auch unsere Umfrage, ist die fehlende Kenntnis der deutschen Sprache. Dazu kommt das mangelnde Qualifikationsniveau. Wir setzen uns für eine schnelle Integration von Flüchtlingen mit Bleibeperspektive ein. Flüchtlinge, die arbeiten wollen, gilt es zu fördern, zum Beispiel durch schnelle Integrationskurse und den Berufsschulbesuch für 16- bis 25-jährige. Mecklenburg-Vorpommern soll den Bund dabei unterstützen, eine 20-prozentige Sonderabschreibung für den Wohnungsbau durchzusetzen, denn durch den Flüchtlingszustrom ist bezahlbarer Wohnraum notwendiger denn je.

## Antwort FDP

### **4 Flüchtlinge/Arbeitsmarkt**

Ist Mecklenburg-Vorpommern überfordert mit der Flüchtlingsthematik?

Wie überall in Deutschland stellt der besonders große Zustrom von Flüchtlingen in den letzten 12 Monaten auch die Kommunen und die Landesverwaltung in Mecklenburg-Vorpommern vor große Herausforderungen. Gleichwohl haben sowohl ehrenamtlichen Helfer, Unternehmen als auch alle politischen Akteure in Bund, Ländern und Kommunen gezeigt, dass sie diese Herausforderung annehmen wollen. In den vergangenen Monaten ist bereits Beeindruckendes geleistet worden – auch in Mecklenburg-Vorpommern. Immer dann, wenn zu dem Mut, Probleme offen anzusprechen, auch die Bereitschaft kommt, anzupacken, stehen die Chancen gut, dass Herausforderungen gemeistert werden. Die FDP will dazu beitragen, dass das in Mecklenburg-Vorpommern gelingt.

Können anerkannte Flüchtlinge möglichst früh in den Arbeitsmarkt integriert werden, vor allem unter dem Gesichtspunkt des demografischen Faktors?

Mecklenburg-Vorpommern ■ Gartenweg 44 ■ 19057 Schwerin ■ Fon: +49 (0) 385-4773432 ■ Fax: +49 (0) 385-4773692 ■ E-Mail [werner.roepert@bvmw.de](mailto:werner.roepert@bvmw.de)  
■ [www.bvmw.de](http://www.bvmw.de)

Eingetragen in das Vereinsregister Berlin-Charlottenburg Nr. 19361 Nz ■ Präsident: Mario Ohoven ■ Vizepräsidenten: Willi Grothe, Dr. Hans-Michael Pott

Vorstand: Dr. Helmut Baur, Jens Bormann, Dr. Jochen Leonhardt, Arthur Zimmermann ■ Bundesgeschäftsführung: Prof. Dr. Roland Wöller

Sektion Deutschland der Europäischen Vereinigung der Verbände kleiner und mittlerer Unternehmen EV-KMU/CEA-PME  
Brüssel/Straßburg

Kaum ein Land altert so schnell wie Deutschland und kaum eine Region in Deutschland ist so stark betroffen wie Mecklenburg-Vorpommern. Es wäre daher fahrlässig, nicht alles dafür zu tun, um durch schnellstmögliche Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen, den demografischen Wandel wenigstens etwas abzuschwächen. Da viele Flüchtlinge jedoch erst die deutsche Sprache und auch berufsspezifische Grundkenntnisse erwerben müssen, wachsen die Bäume bei der Arbeitsmarktintegration freilich nicht in den Himmel. Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen wird leider nicht immer von heute auf morgen gelingen. Umso wichtiger ist es, dass der Staat wenigstens alles dafür tut, um die Jobchancen der Flüchtlinge zu verbessern und zumindest keine Steine in den Weg legt. Deswegen setzt sich die FDP in Mecklenburg-Vorpommern beispielsweise für Sprachkurse in ausreichender Zahl und Qualität ein.

Wie können mittelständische Unternehmen dazu motiviert werden, Praktika, Ausbildungs- und Arbeitsplätze bereitzustellen?

Die FDP setzt sich dafür ein, dass es Unternehmen – egal ob klein oder groß – so leicht wie möglich gemacht wird, Flüchtlingen eine Chance zu geben, zu zeigen, wie fleißig und motiviert sie sind. Es kann nicht sein, dass staatliche Behörden es Unternehmen, die bereit sind, Flüchtlinge als Praktikanten, Lehrlinge oder Hilfskräfte einzustellen, auch noch schwer machen. Die FDP will Unternehmen in Mecklenburg-Vorpommern von Bürokratie befreien – ganz besonders bei der Beschäftigung von Flüchtlingen aber natürlich auch in allen anderen Bereichen. Der Staat muss denjenigen, die mit eigenem Risiko unseren Wohlstand erwirtschaften, den Rücken freihalten und ihnen nicht noch Steine in den Weg legen. Ganz konkret wäre es oft sinnvoll, wenn die vielen ehrenamtlichen Flüchtlingshelfer bei der Arbeitsmarktintegration helfen dürften. Sie kennen die genauen Kompetenzen und Stärken der Flüchtlinge oft besser als die Behörden und könnten gerade in der Anfangsphase den Kontakt zu geeigneten Unternehmen herstellen und das gegenseitige Vertrauen und Verständnis fördern.

In welchen Branchen können Flüchtlinge dazu beitragen, das Fachkräfteproblem im Mittelstand zu lindern?

Es gibt zahlreiche Branchen, die bereits seit Jahren darüber klagen, wie schwierig es ist, junge Menschen als Nachwuchskräfte zu gewinnen. So ist das Bäckerhandwerk wegen der anspruchsvollen Arbeitszeiten wenig beliebt oder auch etwa Pflegeberufe leiden unter zu wenig gesellschaftlicher Anerkennung. Diese Beispiele zeigen aus Sicht der FDP, dass fleißige junge Menschen, die sich gern ein neues Leben in ihrer neuen Heimat Mecklenburg-Vorpommern aufbauen wollen, gerade in den Branchen arbeiten könnten, die von heimischen jungen Leuten gemieden werden.

Kann der bezahlbare Wohnraum durch steuerliche Anreize attraktiver gemacht werden?

Aus Sicht der FDP kann dem Mangel an bezahlbarem Wohnraum vor allem durch einen Abbau von Regulierung und mehr günstigem Bauland entgegengewirkt werden. Seit Jahren steigen die Baukosten durch immer neue Umwelt- und Energieauflagen oder sonstige Regulierung. Wenn der Staat das Bauen stetig teurer macht, ist ein Mangel an günstigem Wohnraum nicht verwunderlich. Hier will die FDP dem Regulierungswildwuchs entgegenwirken. Und auch beim Bauland gibt es Probleme: Viele Kommunen weisen immer weniger und vor allem immer restriktiver Bauland aus. Auch hier gilt: Das wirksamste Mittel gegen hohe Mieten sind mehr Wohnungen und mehr Wohnungsbau. Vor diesem Hintergrund wird auch deutlich, wie kontraproduktiv die Mietpreisbremse ist. Die FDP lehnt alle Maßnahmen ab, die Investitionen in Wohnraum weniger attraktiv machen weil sie das Angebot auf dem Wohnungsmarkt verknappen und damit die Mieten noch oben treiben.

## 5. Größenwachstum und Internationalisierung von KMU unterstützen

Seit Anfang der 1990er Jahre entstanden in Mecklenburg-Vorpommern viele innovative Unternehmen. Trotz der dynamischen Wirtschaftsentwicklung sind die Unternehmen im deutschlandweiten Vergleich hinsichtlich Umsatzentwicklung und Größenwachstum nach wie vor klein. Die Betriebe brauchen Wachstum und Unterstützung, wenn sie internationale Märkte erschließen wollen. Die Exportquote betrug 2014 nur **20,8 Prozent und ist damit im Vergleich zum Vorjahr gesunken**. 2014 gab es die wenigsten Existenzgründungen seit Jahren mit **10.833**. Mecklenburg Vorpommern kann noch lange nicht mit anderen Bundesländern mithalten, was die Internationalität und Größe der KMU betrifft, obwohl man mit den vielen Seehäfen des Bundeslandes gut aufgestellt ist, insbesondere für den Außenhandel mit den baltischen Staaten. Die Maßnahmen die zur Förderung der Internationalisierung Mecklenburg-Vorpommerns bereits umgesetzt wurden reichen offensichtlich nicht aus.

### Fragen an die Parteien

Wie wollen Sie das Größenwachstum der kleinen und mittleren Unternehmen in Mecklenburg-Vorpommern unterstützen?

Auf welche Weise wollen Sie Gründern neuer Unternehmen beispielsweise bei Ausgründungen aus Universitäten und Hochschulen helfen?

Wie wollen Sie die Internationalisierung des Mittelstands vorantreiben?

### BVMW-Position

Durch die Globalisierung ergeben sich vielfältige Wachstums- und Entwicklungspotenziale. Viele mittelständische Weltmarktführer („Hidden Champions“) beweisen das. Deswegen müssen vor allem Wachstum und Internationalisierung der KMU von der Politik unterstützt werden, denn so kann praxisnahe Forschung und Entwicklung mittelständischer Unternehmen gefördert werden.

Mecklenburg-Vorpommern ■ Gartenweg 44 ■ 19057 Schwerin ■ Fon: +49 (0) 385-4773432 ■ Fax: +49 (0) 385-4773692 ■ E-Mail [werner.roepert@bvmw.de](mailto:werner.roepert@bvmw.de)  
■ [www.bvmw.de](http://www.bvmw.de)

Eingetragen in das Vereinsregister Berlin-Charlottenburg Nr. 19361 Nz ■ Präsident: Mario Ohoven ■ Vizepräsidenten: Willi Grothe, Dr. Hans-Michael Pott

Vorstand: Dr. Helmut Baur, Jens Bormann, Dr. Jochen Leonhardt, Arthur Zimmermann ■ Bundesgeschäftsführung: Prof. Dr. Roland Wöller

Sektion Deutschland der Europäischen Vereinigung der Verbände kleiner und mittlerer Unternehmen EV-KMU/CEA-PME  
Brüssel/Straßburg

Dazu gehört eine bessere Kooperation von Betrieben mit Universitäten und Hochschulen. Forschungsergebnisse dürfen nicht in den Schubladen der Bildungs- und Forschungseinrichtungen verschwinden. Eine Reihe mittelständischer Weltmarktführer aus dem Bundesland beweist, dass Globalisierung als Chance zu sehen ist. In Mecklenburg-Vorpommern muss zudem wieder ein besseres Gründerklima entstehen. Es braucht maßgeschneiderte und unbürokratische Förderung seitens der Politik. Die Fördersumme für Auslandsmessen muss hochgesetzt werden, außerdem muss auch die Anzahl der förderbaren Messeteilnahmen erhöht werden.

#### Antwort FDP:

#### **5 Wachstum und Internationalisierung von KMUs**

Zu a: Durch ein kompetentes Wirtschaftsministerium in Mecklenburg Vorpommern welches die Grundsätze der sozialen Marktwirtschaft versteht, beachtet und umsetzt. Wir setzen die erforderlichen Rahmenbedingungen und entlasten die KMUs in MV. Die Ideen für wirtschaftliches Wachstum kommen von den Unternehmerinnen und Unternehmern sofern ihnen die notwendigen Freiheiten gegeben werden.

Zu b: Eine Voraussetzung ist, dass die Hochschulen von Ausgründungen auch finanziell profitieren können. Hierfür wollen wir Voraussetzungen schaffen. Wir wollen zudem, dass zusätzliche Lehrstühle für Entrepreneurship und Beratungsstellen zur Unternehmensgründung an unseren Hochschulen/ Fachhochschulen geschaffen werden. Darüber hinaus legen wir ein Mentoringprogramm für Hochschulen an, welches Studenten mit erfahrenen Existenzgründern zusammenführt.

Zu c: Durch eine gezielte Kooperationen mit Kammern und Verbänden zum Abbau von Sprachbarrieren und administrativen Hemmnissen sowie der Förderung von Messeauftritten im In- und Ausland.

#### **6. Potenzial nutzen – Bildung und Fachkräftesicherung für künftigen Wohlstand**

Für mittelständische Unternehmen wird es zunehmend schwieriger, Fachkräfte zu finden. Außerdem gestaltet es sich von Jahr zu Jahr schwieriger, Lehrstellen zu besetzen.

Mecklenburg-Vorpommern ■ Gartenweg 44 ■ 19057 Schwerin ■ Fon: +49 (0) 385-4773432 ■ Fax: +49 (0) 385-4773692 ■ E-Mail werner.roepert@bvmw.de  
■ www.bvmw.de

Eingetragen in das Vereinsregister Berlin-Charlottenburg Nr. 19361 Nz ■ Präsident: Mario Ohoven ■ Vizepräsidenten: Willi Grothe, Dr. Hans-Michael Pott

Vorstand: Dr. Helmut Baur, Jens Bormann, Dr. Jochen Leonhardt, Arthur Zimmermann ■ Bundesgeschäftsführung: Prof. Dr. Roland Wöller

Sektion Deutschland der Europäischen Vereinigung der Verbände kleiner und mittlerer Unternehmen EV-KMU/CEA-PME  
Brüssel/Straßburg

Der demografische Wandel verschärft diesen Trend. Hinzu kommt, dass nach wie vor zu viele Jugendliche die Schule oder ihre Ausbildung abbrechen. Im Schuljahr 2013/2014 haben noch immer 8,4 Prozent der Schüler die Schule ohne Abschluss bzw. Berufsreife verlassen. Mecklenburg-Vorpommern liegt damit bundesweit noch immer auf einem der hinteren Plätze. Wiederum ist die Zahl derer die beispielsweise in Mathematik die Mindestanforderungen für die Berufsreife nicht erlangt haben nur 2,8 Prozent hoch. Hier wird deutlich, dass das Schulsystem in Mecklenburg-Vorpommern offensichtlich einer Reform bedarf. Bei den Azubis löste 2013 jeder Dritte seinen Lehrvertrag vorzeitig auf. Zwar setzen einige davon ihre Lehre in einem anderen Betrieb fort, doch die Mehrzahl verzichtet auf den Abschluss oder sucht eine berufliche Neuorientierung. Obwohl nicht alle Lehrstellen besetzt werden können, gibt es immer noch junge Leute ohne Ausbildung. Dieses Potenzial versanden zu lassen, ist ein großer Fehler. Eine Vielzahl der Flüchtlinge, die in Mecklenburg-Vorpommern aufgenommen wurden, sind ohne Deutschkenntnisse weder in der Lage, eine Ausbildung oder Qualifizierung zu erlangen, noch auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Die Maßnahmen die ergriffen wurden reichen anscheinend nicht aus, um den demografischen Wandel besonders in Mecklenburg-Vorpommern entgegen zu wirken.

### Fragen an die Parteien

Was wollen Sie gegen die hohen Abbrecherquoten an Schulen, in der Berufsausbildung sowie an Hochschulen und Universitäten tun?

Halten Sie ein 13. Schuljahr an Gymnasien für sinnvoll?

Was wollen Sie tun, damit es auch in Zukunft genügend qualifizierte Fachkräfte gibt?

Wie wollen Sie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter verbessern?

Auf welchem Weg soll die Bildung von Flüchtlingen forciert werden, damit sie möglichst schnell in Unternehmen integriert werden können?

Mecklenburg-Vorpommern ■ Gartenweg 44 ■ 19057 Schwerin ■ Fon: +49 (0) 385-4773432 ■ Fax: +49 (0) 385-4773692 ■ E-Mail [werner.roepert@bvmw.de](mailto:werner.roepert@bvmw.de)  
■ [www.bvmw.de](http://www.bvmw.de)

Eingetragen in das Vereinsregister Berlin-Charlottenburg Nr. 19361 Nz ■ Präsident: Mario Ohoven ■ Vizepräsidenten: Willi Grothe, Dr. Hans-Michael Pott

Vorstand: Dr. Helmut Baur, Jens Bormann, Dr. Jochen Leonhardt, Arthur Zimmermann ■ Bundesgeschäftsführung: Prof. Dr. Roland Wöller

Sektion Deutschland der Europäischen Vereinigung der Verbände kleiner und mittlerer Unternehmen EV-KMU/CEA-PME  
Brüssel/Straßburg

BVMW ■ Gartenweg 44 ■ 19057 Schwerin

Landesverband  
Mecklenburg-Vorpommern

Wie wollen Sie das Programm der Landesregierung „Fachkräftebündnis für Mecklenburg-Vorpommern“ erfolgreicher machen?

### BVMW-Position

Deutschlands wichtigster Rohstoff sind gut ausgebildete Menschen. Die Abbrecherquoten an den Schulen müssen weiter gesenkt werden, und trotz des demografischen Wandels muss eine gute Ausbildung auch in Zukunft im ländlichen Raum möglich sein. Die naturwissenschaftlich-technische Ausbildung verlangt nach einer stärkeren Förderung. Jugendliche, die die Schule verlassen, müssen über das notwendige Rüstzeug für ihren weiteren Lebensweg verfügen. Eine gute Berufsorientierung, verstanden als dauerhafter Prozess, sichert Nachwuchs und verringert die Zahl der Studien- und Ausbildungsabbrecher. Die Förderung von lebenslangem Lernen, die Zuwanderung von qualifizierten Fachkräften und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind für die Sicherung der Fachkräftebasis und von Führungskräften unverzichtbar. Nur wenn es gelingt, einen Großteil der Flüchtlinge in Arbeit zu bringen, kann deren Integration in die Gesellschaft gelingen, können die Sozialsysteme entlastet werden.

### Antwort FDP

#### **6 Bildung/Fachkräfte**

**Was wollen Sie gegen die hohen Abbrecherquoten an Schulen, in der Berufsausbildung sowie an Hochschulen und Universitäten tun?**

Allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen wollen wir ermöglichen, Lerngruppen- und Klassengrößen so festzulegen, dass ein alters- und sachgerechtes Lernen möglich ist. Zudem sollen die Mittel für sonderpädagogische Aufgaben erhöht werden. Leistungsschwache Schülerinnen und Schüler sollen sowohl inklusiv als auch durch Förderschulen stärker gefördert werden.

Mecklenburg-Vorpommern ■ Gartenweg 44 ■ 19057 Schwerin ■ Fon: +49 (0) 385-4773432 ■ Fax: +49 (0) 385-4773692 ■ E-Mail werner.roepert@bvmw.de  
■ www.bvmw.de

Eingetragen in das Vereinsregister Berlin-Charlottenburg Nr. 19361 Nz ■ Präsident: Mario Ohoven ■ Vizepräsidenten: Willi Grothe, Dr. Hans-Michael Pott

Vorstand: Dr. Helmut Baur, Jens Bormann, Dr. Jochen Leonhardt, Arthur Zimmermann ■ Bundesgeschäftsführung: Prof. Dr. Roland Wöller

Sektion Deutschland der Europäischen Vereinigung der Verbände kleiner und mittlerer Unternehmen EV-KMU/CEA-PME  
Brüssel/Straßburg

Berufsschulförderzentren sollen einen selbständigen Status an Beruflichen Bildungszentren erhalten. An Hochschulen werden wir die Abbrecherquoten durch ein Orientierungsstudium und Mentoren-Programme senken. Wer dennoch abbricht, soll attraktive Einstiegsmöglichkeiten in die Berufsausbildung erhalten.

### **Halten Sie ein 13. Schuljahr an Gymnasien für sinnvoll?**

Wir sprechen uns für die Beibehaltung des G8 aus. Dies hat sich in der Vergangenheit bewährt. Neue Strukturdebatten tragen überdies nicht zu einer Verbesserung der hiesigen Bildungslandschaft bei. Wir wollen keine neue Strukturdebatte, sondern mehr Schulautonomie.

### **Was wollen Sie tun, damit es auch in Zukunft genügend qualifizierte Fachkräfte gibt?**

MINT-Fächer wollen wir an den Schulen und Hochschulen stärken, um dem strukturellen Fachkräftemangel zu begegnen. Darüber hinaus werden wir im Rahmen von Bundesratsinitiativen für ein Einwanderungsgesetz eintreten, das Arbeitsmigration erlaubt, wenn die Voraussetzungen einer dauerhaften Bleibeperspektive aufgrund des Bedarfs auf dem Arbeitsmarkt erfüllt sind, sowie die Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse vereinfachen und beschleunigen.

### **Wie wollen Sie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter verbessern?**

Wir werden dafür sorgen, dass der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ab dem ersten Geburtstag des Kindes tatsächlich erfüllt wird und uns für ein Angebot flexibler Betreuungszeiten einsetzen. Wir wollen, dass unterschiedliche Träger in der Kindertagesbetreuung in einem fairen Wettbewerb stehen und Tagespflegepersonen gleichberechtigt gefördert werden.



### **Auf welchem Weg soll die Bildung von Flüchtlingen forciert werden, damit sie möglichst schnell in Unternehmen integriert werden können?**

Wir wollen, dass Flüchtlinge während ihrer Erstausbildung und zwei Jahre nach erfolgreichem Abschluss und Arbeitsaufnahme nicht von Abschiebung bedroht sind. Die Arbeitsbedingungen für Flüchtlinge wollen wir bei der Zeitarbeit flexibilisieren. Sprach- und Integrationskurse müssen flächendeckend zur Verfügung gestellt werden.

### **Wie wollen Sie das Programm der Landesregierung „Fachkräftebündnis für Mecklenburg-Vorpommern“ erfolgreicher machen?**

Die sinnvollen Ergebnisse des Fachkräftebündnisses müssen energischer umgesetzt werden.

## **7. Staatliche Kernaufgaben wahrnehmen – Leben und Eigentum schützen**

2015 ist die Zahl der im Mecklenburg-Vorpommern verübten Straftaten **leicht angestiegen**. Es wurden **117.261** registriert. Das sind **0,6 % mehr als im Jahr davor**. **61,4 Prozent der Straftaten konnten aufgeklärt werden**. Delikte der Wirtschaftskriminalität verursachten 2015 in Mecklenburg-Vorpommern Schäden in **Millionenhöhe**.

### **Fragen an die Parteien**

Wie wollen Sie die Kriminalität weiter eindämmen und Leben und Eigentum der Menschen in Mecklenburg-Vorpommern wirksam schützen?

Mit welchen Maßnahmen soll das Sicherheitsgefühl der Bürger verbessert werden?

Was planen Sie, um die Einsatzbereitschaft der Polizei zu verbessern und die Zahl der Beamten wieder aufzustocken?

## **BVMW-Position**

Der Schutz von Leben, Freiheit und Eigentum der Bürger und Unternehmen ist eine Kernaufgabe des Staates. Kriminalität ist inakzeptabel. Die Polizei muss deutlich mehr Präsenz zeigen. Deshalb kann nur ein Stellenaufbau bei der Polizei das richtige Signal sein. Gerade in den Regionen entlang der Transitstrecken durch Mecklenburg-Vorpommern ins benachbarte Ausland dürfen Straftäter kein leichtes Spiel haben und müssen wirksam abgeschreckt werden. **10,6 Prozent von ihnen stammen 2014 nicht aus Deutschland, im Jahr zuvor lag diese Zahl noch bei 8,5 Prozent.** Unternehmer müssen darauf vertrauen können, dass sie vor Kriminellen wirksam geschützt werden.

## **Antwort FDP**

### **7 Sicherheit**

Wie wollen Sie die Kriminalität weiter eindämmen und Leben und Eigentum der Menschen in Mecklenburg-Vorpommern wirksam schützen?

Damit Kriminalität wirksam bekämpft und das Eigentum der Menschen in unserem Land geschützt werden kann, bedarf es einer leistungsstarken Polizei, die als kompetenter Ansprechpartner und bürgerfreundlicher Dienstleister überall präsent ist. Damit nicht vereinbar ist der anhaltende Stellenabbau bei der Landespolizei. Mecklenburg-Vorpommern ist ein Land, dessen Fläche eine spürbare Präsenz von Sicherheit und Ordnung verlangt, auch wenn in einigen Orten die Bevölkerung zurückgeht.

Mit welchen Maßnahmen soll das Sicherheitsgefühl der Bürger verbessert werden?

Viele Polizeibeamte können wegen der überbordenden Bürokratie in den internen Verwaltungsabläufen zu einem großen Teil ihre eigentlichen Aufgaben nicht mehr im

BVMW ■ Gartenweg 44 ■ 19057 Schwerin

Landesverband  
Mecklenburg-Vorpommern

erforderlichen Maß wahrnehmen. Für uns Freie Demokraten sind eine hohe Präsenz auf der Straße und eine hohe Aufklärungsquote wichtiger als ein großer Verwaltungsapparat. Wenn von den ca. 5.800 Stellen bei der Polizei im Land ca. 5.000 auf den Polizeivollzug entfallen und davon nur ca. 2.000 als Streifenbeamte im Schichtdienst eingesetzt sind und der Rest auf Kriminalpolizei, Bereitschaftspolizei, Verwaltung und Führungsebene entfällt, entspricht dies nicht der Prioritätensetzung, die wir Freien Demokraten verfolgen. Das zuständige Innenministerium hat mit seiner Personalpolitik über Jahre die Zeichen der Zeit nicht erkannt. Seit 2004 wurden 500 Stellen abgebaut und die Einstiegsbesoldung von jungen gut ausgebildeten Polizeibeamten steht hinter anderen Bundesländern zurück. Spätestens ab dem Jahr 2014 war absehbar, dass mit verstärkten Migrationsbewegungen auch nach Mecklenburg-Vorpommern zu rechnen ist. Trotzdem hat die Landesregierung unter der Großen Koalition kontinuierlich und in den bestehenden Mangel hinein Personalstellen bei der Polizei abgebaut. Diese Stellen können zeitnah nicht wieder aufgebaut werden, da Polizeibeamte erst ausgebildet werden müssen. Eine Absage erteilen wir Freien Demokraten der Tendenz, den Bürger immer weiter auszuspähen, mit Kameras zu überwachen und anlasslos seine Daten zu sammeln. Der Sammelwut des Staates von nicht mehr beherrschbaren Datenmengen setzen wir Freien Demokraten ein Konzept gut ausgebildeter, bürgernaher und bestmöglich ausgestatteter Polizeibeamter entgegen. Wir Freien Demokraten maßen uns nicht an, Einsatzpläne der Polizeibehörden im Einzelnen zu kritisieren. Allerdings kann wirksamer Eigentumsschutz vor wachsender Einbruchskriminalität weder vom Schreibtisch noch aus dem Streifenwagen heraus betrieben werden. Die eingesetzten Polizeibeamten haben einen Anspruch auf eine bedarfsgerechte Ausrüstung, die vom Dienstherrn zu stellen ist. Es ist ein Unding, dass Schutzausrüstung teilweise aus eigenen Mitteln der Beamten beschafft werden muss. Besonders die Einbruchskriminalität, die auf Rekordniveau ist, führt beim Bürger zu einem stark verminderten Sicherheitsgefühl. Deswegen fordern wir ein wirksames Gesamtkonzept.

Mecklenburg-Vorpommern ■ Gartenweg 44 ■ 19057 Schwerin ■ Fon: +49 (0) 385-4773432 ■ Fax: +49 (0) 385-4773692 ■ E-Mail [werner.roepert@bvmw.de](mailto:werner.roepert@bvmw.de)  
■ [www.bvmw.de](http://www.bvmw.de)

Eingetragen in das Vereinsregister Berlin-Charlottenburg Nr. 19361 Nz ■ Präsident: Mario Ohoven ■ Vizepräsidenten: Willi Grothe, Dr. Hans-Michael Pott

Vorstand: Dr. Helmut Baur, Jens Bormann, Dr. Jochen Leonhardt, Arthur Zimmermann ■ Bundesgeschäftsführung: Prof. Dr. Roland Wöller

Sektion Deutschland der Europäischen Vereinigung der Verbände kleiner und mittlerer Unternehmen EV-KMU/CEA-PME  
Brüssel/Straßburg

BVMW ■ Gartenweg 44 ■ 19057 Schwerin

Landesverband  
Mecklenburg-Vorpommern

Was planen Sie, um die Einsatzbereitschaft der Polizei zu verbessern und die Zahl der Beamten wieder aufzustocken?

Um die Einsatzbereitschaft der Polizei und die allgemeine Sicherheitslage im Land zu verbessern, werden wir:

- dafür Sorge tragen, dass die Polizei schnellstmöglich von sachfremden und zeitraubenden Verwaltungstätigkeiten entlastet wird, um mehr Freiraum für die eigentlichen Aufgaben im operativen Dienst zu schaffen und das Entstehen rechtsfreier Räume zu verhindern.
- uns einsetzen, dass Bürokratie abgebaut wird und notwendige interne Verwaltungstätigkeiten auch von zivilen Mitarbeitern erledigt werden können.
- uns für verhältnismäßige Präventions- und Aufklärungsmaßnahmen der Polizei einsetzen.
- einen anlassbezogenen Einsatz von sogenannten Body-Cams befürworten, der jedoch deutlich erkennbar sein muss.
- uns einsetzen, dass die Polizei auf der Straße Dienst verrichten kann und nicht hinter Bildschirmen den Kontakt zu den Bürgern verliert.
- uns einsetzen, dass die Polizei modern und nach hohem Standard ausgerüstet wird, ohne selbst für die Ausrüstung aufkommen zu müssen. Dazu gehören auch interaktive Dienstfahrzeuge, in denen vor Ort die notwendigen Daten unbürokratisch erfasst und verarbeitet werden können.
- eine gute Aus- und Fortbildung der Polizeibeamten gewährleisten und den Aus- und Fortbildungsstandort an der Fachhochschule in Güstrow stärken.
- uns für eine amtsangemessene Besoldung mit Chancen des leistungsgerechten Aufstiegs stark machen.

Mecklenburg-Vorpommern ■ Gartenweg 44 ■ 19057 Schwerin ■ Fon: +49 (0) 385-4773432 ■ Fax: +49 (0) 385-4773692 ■ E-Mail [werner.roepert@bvmw.de](mailto:werner.roepert@bvmw.de)  
■ [www.bvmw.de](http://www.bvmw.de)

Eingetragen in das Vereinsregister Berlin-Charlottenburg Nr. 19361 Nz ■ Präsident: Mario Ohoven ■ Vizepräsidenten: Willi Grothe, Dr. Hans-Michael Pott

Vorstand: Dr. Helmut Baur, Jens Bormann, Dr. Jochen Leonhardt, Arthur Zimmermann ■ Bundesgeschäftsführung: Prof. Dr. Roland Wöller

Sektion Deutschland der Europäischen Vereinigung der Verbände kleiner und mittlerer Unternehmen EV-KMU/CEA-PME  
Brüssel/Straßburg

**BVMW** ■ Gartenweg 44 ■ 19057 Schwerin

Landesverband  
Mecklenburg-Vorpommern

- den Polizeibeamten die freie Entscheidung lassen, ob Überstunden angemessen vergütet oder durch Freizeitausgleich abgegolten werden.
- die bisherige Praxis der Landesregierung beenden, die nach dem Vergütungssystem möglichen Leistungszulagen nicht zu zahlen.
- die Einrichtung einer zentralen Stelle für Ordnungswidrigkeitsverfahren im Land verfolgen, um diese Aufgabe zu bündeln und Synergien zu schaffen.

## **8. Energieversorgung dezentral und wettbewerbsfähig gestalten**

Im internationalen Vergleich hohe Energiekosten schwächen die Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Mittelstands. Die Strompreise haben sich für die mittelständische Industrie in den letzten zehn Jahren beinahe verdoppelt. Kostentreiber Nummer eins sind staatliche Steuern und Abgaben, die mittlerweile mehr als die Hälfte des Strompreises ausmachen. Gleichzeitig verschlechtern sich die Rahmenbedingungen für die Eigenstromversorgung der mittelständischen Industrie zusehends. Man kann davon ausgehen, dass durch den Ausbau erneuerbarer Energien der Strompreis weiter steigen wird.

### **Fragen an die Parteien**

Wie planen Sie, den Mittelstand von steigenden Energiekosten zu entlasten?

Was wollen Sie tun, um die Rahmenbedingungen für die Eigenstromversorgung zu verbessern?

Wie wollen Sie die KMU bei der Steigerung der Energieeffizienz unterstützen?

Was wollen Sie gegen steigende Netzentgelte tun?

### **BVMW-Position**

Mecklenburg-Vorpommern ■ Gartenweg 44 ■ 19057 Schwerin ■ Fon: +49 (0) 385-4773432 ■ Fax: +49 (0) 385-4773692 ■ E-Mail [werner.roepert@bvmw.de](mailto:werner.roepert@bvmw.de)  
■ [www.bvmw.de](http://www.bvmw.de)

Eingetragen in das Vereinsregister Berlin-Charlottenburg Nr. 19361 Nz ■ Präsident: Mario Ohoven ■ Vizepräsidenten: Willi Grothe, Dr. Hans-Michael Pott

Vorstand: Dr. Helmut Baur, Jens Bormann, Dr. Jochen Leonhardt, Arthur Zimmermann ■ Bundesgeschäftsführung: Prof. Dr. Roland Wöller

Sektion Deutschland der Europäischen Vereinigung der Verbände kleiner und mittlerer Unternehmen EV-KMU/CEA-PME  
Brüssel/Straßburg

Eine sichere, saubere und bezahlbare Energieversorgung ist wichtig für einen wettbewerbsfähigen Mittelstand. Der staatliche Anteil an den Stromkosten muss daher sinken. Dazu muss die Stromsteuer gesenkt werden, und die Rahmenbedingungen für die Eigenstromerzeugung dürfen sich nicht weiter verschlechtern. Eine gute Förderung der Energieeffizienz im Mittelstand hilft, die Energiekosten im Unternehmen zu senken. Um die Gesamtkosten für die Energiewende in den Griff zu bekommen, ist eine intelligente Kopplung der Sektoren Strom, Wärme und Mobilität unumgänglich. Nicht zuletzt trägt eine vernetzte dezentrale Energieversorgung dazu bei, den Anstieg der Netzentgelte zu bremsen.

## Antwort FDP

### **8 Energie**

#### **Wie planen Sie, den Mittelstand von steigenden Energiekosten zu entlasten?**

- EEG abschaffen (EEG- Umlage wird damit wegfallen)
- Marktwirtschaftlich gestalteter Wettbewerb zwischen Energieträgern
- einen zügigen Ausbau von Netzen und Speicherkapazitäten
- Stromsteuer muss auf 0 % gesenkt werden
- Intelligente Kopplung der Sektoren Strom, Wärme und Mobilität ist unumgänglich

#### **Was wollen Sie tun, um die Rahmenbedingungen für die Eigenstromversorgung zu verbessern?**

- Vertrauensschutz für Bestandsanlagen muss bestehen bleiben
- KWK-Quote lehnen wir ab, da in Folge der energetischen Sanierung der Wärmebedarf mittelfristig abnehmen wird
- Industriell erzeugte und genutzte KWK, auch mit einer Einspeisung ins öffentliche Netz, ist dagegen sinnvoll, da hierbei der ungenutzte Verlust von Abwärme minimiert wird und sollte somit verstärkt gefördert werden

### Wie wollen Sie die KMU bei der Steigerung der Energieeffizienz unterstützen?

- Anreize statt überzogene Pflichten
- Energieeffizienzmaßnahmen müssen über Anreize freiwillig erfolgen
- Wir fordern daher steuerliche Förderungskonzepte und Anreizsysteme für energetische Gebäudesanierung
- Gesetzliche Verpflichtungen sind nicht zielführend, so führt beispielsweise der starre 15-Prozent-Pflichtanteil für erneuerbare Energien zu einem Investitionsstau
- Forschung und Entwicklung in neue energieeffiziente Technologien sind notwendig und daher zu fördern

### Was wollen Sie gegen steigende Netzentgelte tun?

- Eine Abschaffung des EEG und ein zügiger Ausbau der Netze würde zu weniger Eingriffsmaßnahmen durch die Netzbetreiber führen, durch die die Netzentgelte in die Höhe getrieben werden.
- Eine Einführung bundeseinheitlicher Netzentgelte, die momentan besonders den Norden belasten, ist zu überlegen

## 9. Wissenschaftsstandort nutzbar machen

Mit zwei Universitäten, drei Hochschulen und zwei Fachhochschulen und zahlreichen außeruniversitären Forschungseinrichtungen verfügt Mecklenburg-Vorpommern über eine vielfältige Wissenslandschaft. Unter anderen ist die Fraunhofer-Gesellschaft zur Förderung der angewandten Forschung mit zwei Instituten vertreten, das Max-Planck-Institut für Plasmaphysik und insgesamt fünf Institute der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz haben ihren Sitz in Mecklenburg-Vorpommern.

Die Attraktivität des Wissenschaftsstandortes muss bekannter gemacht werden. Die Universitäten müssen für Studenten attraktiver gemacht werden und die Zahl der Studienanfänger erhöht werden, damit zukünftige Forschung gesichert werden kann. Einige Hochschulfakultäten sind überlastet und mit zu wenig Geldern und Stellen ausgestattet.

### Fragen an die Parteien:

Wie wollen Sie mehr Studienanfänger nach Mecklenburg-Vorpommern locken?

Wie wollen Sie die Forschung und Entwicklung sowie Innovationen in mittelständischen Unternehmen voranbringen?

### BVMW-Position:

In der Qualität der Hochschulbildung liegt ein wichtiger Grundstein für Innovation. Hier darf auf keinen Fall auf Kosten der Zukunft gespart oder umverteilt werden. Investitionen in Bildung sind Investitionen in die Zukunft und Innovation. Der Technologie- und Wissenstransfer zwischen KMU und Forschungseinrichtungen muss verbessert werden, etwa durch Förderung von Forschungs- und Entwicklungskooperationen. Der Stellenabbau an Universitäten und Hochschulen muss gestoppt werden, denn weniger universitäres Personal bedeutet schlechtere Betreuung der Studenten, was dazu führt, dass Mecklenburg-Vorpommern für Studenten nicht attraktiver, sondern unattraktiver wird.

### Antwort FDP

#### **9 Wissenschaft**



### **Wie wollen Sie mehr Studienanfänger nach Mecklenburg-Vorpommern locken?**

Mecklenburg-Vorpommern soll Vorreiter in der Digitalisierung von Bildung werden. In jeder Hochschule müssen schnelles Internet sowie moderne Hard- und Software zur Verfügung stehen. Die Lehrenden sollen in der Anwendung moderner Medien geschult werden. Zudem sollen ein Orientierungsstudium und ein Mentoren-Programm das Studium in Mecklenburg-Vorpommern attraktiver machen. Auch die von uns geforderte Möglichkeit, dass Hochschulen in Mecklenburg-Vorpommern Diplomstudiengänge anbieten können, lockt Studierende an.

### **Wie wollen Sie die Forschung und Entwicklung sowie Innovationen in mittelständischen Unternehmen voranbringen?**

Wir setzen uns für eine breitenwirksame, technologieneutrale und unbürokratische steuerliche Förderung von Forschungs- und Entwicklung in Unternehmen nach dem Vorbild vieler anderer Länder ein. Darüber hinaus wollen wir den Wissens- und Technologietransfer fördern, damit neue Forschungsergebnisse rasch zu marktreifen Innovationen werden und Arbeitsplätze schaffen. Förderinstrumente des Bundes und des Landes müssen harmonisiert und thematisch offener werden, um mehr kleine und mittlere Unternehmen zu erreichen.

### **10. Unternehmertum in Mecklenburg-Vorpommern fördern**

Das Ziel der Landesregierung, die Rahmenbedingungen für Existenzgründungen zu verbessern, ist offensichtlich gescheitert. Die Zahl der Selbstständigen verminderte sich laut dem Mittelstandsbericht Mecklenburg-Vorpommern 2014 um 5.600 im Vergleich zu 2013.

**BVMW** ■ Gartenweg 44 ■ 19057 Schwerin

Landesverband  
Mecklenburg-Vorpommern

Ihr Anteil an Erwerbstätigen beträgt 9,4 Prozent und damit unter dem Bundesdurchschnitt von 10,3 Prozent. Hinzu kommt noch eine rückläufige Anzahl an Gewerbeanmeldungen.

2014 wurden 407 Gewerbe weniger angemeldet als 2013. Die Zahlen befinden sich bereits seit 2012 auf Talfahrt.

### **Fragen an die Parteien:**

Welche konkreten Pläne haben Sie um Unternehmensgründungen zu fördern?

Wie wollen Sie die Rahmenbedingungen für Gründungen verbessern?

### **BVMW-Position:**

Unternehmertum ist eine Quelle von Beschäftigung, Wachstum und Innovation. Es sind bessere finanzielle Rahmenbedingungen (z. B. Venture Capitals) und Beratungen für Gründer notwendig. Eine Verbesserung gründungsbezogener Ausbildung an Schulen und Hochschulen hat großes Potenzial zur Förderung einer Kultur unternehmerischer Selbstständigkeit. Die flächendeckende Einführung des Schulfachs „Wirtschaft“, die Förderung von Schülerfirmen, sowie mehr Kooperation der Schulen und Universitäten mit dem Mittelstand in Mecklenburg-Vorpommern ist notwendig. Außerdem sollten neu gegründeten Unternehmen in den ersten Jahren als Starthilfe von Kosten wie der GEZ-Gebühr und den Pflichtbeiträgen der Kammern befreit werden.

### **Antwort FDP**

#### **10 Unternehmertum in MV fördern**

Zu a und b: Konkret wollen wir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf deutlich verbessern, damit Existenzgründungen durch Frauen erleichtert werden. Auch im Rahmen von Unternehmensnachfolgen bedarf es der verstärkten Unterstützung von jungen Menschen durch begleitende Beratungen und der erleichterten Bereitstellung von Risikokapital. Die FDP wird sich für verbesserte Kooperationsmöglichkeiten zwischen Schulen mit Unternehmen einsetzen, so dass schon während der Schul- und Ausbildungszeit erste Erfahrungen mit der Unternehmensgründungen gesammelt werden können. Der Besuch von Startup-Messen, Gründerkongressen oder Praktika sollen Bausteine zur Sensibilisierung sein.